V-22 BESCHLUSS

Europäische Kooperation im Verteidigungsbereich nutzen – Das Friedensprojekt Europa stärken!

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
26. - 27. Januar 2018, Hannover

Gremium:	Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum:	27.01.2018
Tagesordnungspunkt:	Beschlüsse (vorläufig)

Die Europäische Union ist ein Friedensprojekt. Es ist eine historische Errungenschaft, dass Konflikte heute am Verhandlungstisch und nicht länger auf Schlachtfeldern ausgetragen werden. 2012 wurde die EU für diesen Einsatz für Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechte in Europa mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet – zu Recht! Insbesondere mit dem Vertrag von Lissabon hat sie es sich zur Aufgabe gemacht, auch nach außen kohärent zu wirken: „Frieden zu erhalten, Konflikte zu verhüten und die internationale Sicherheit zu stärken“. Kein Mitgliedsstaat der EU kann diesen Aufgaben alleine gerecht werden. Will die EU bei der Reduzierung von Instabilität, der Bekämpfung von massiven Menschenrechtsverletzungen und der Beendigung von Krisen in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft und darüber hinaus eine wirkliche Rolle spielen, müssen ihre Mitgliedsstaaten im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik viel stärker kooperieren als bisher.

Erste Schritte hin zu mehr Kooperation wurden in den letzten zwei Jahren gegangen. Die Hohe Vertreterin Mogherini hat 2016 die „Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union“ veröffentlicht. 2017 hat die Europäische Kommission das „Reflexionspapier über die Zukunft der europäischen Verteidigung“ lanciert und im Dezember 2017 wurden 17 Kooperationsprojekten im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (Permanent Structured Cooperation, PESCO) geschaffen. PESCO ist ein Format der unterschiedlichen Geschwindigkeiten, an dem nur die Mitgliedsstaaten teilnehmen, die das wollen und sich bereit erklären, die entsprechenden Kriterien zu erfüllen. Trotzdem haben 25 von 28 Mitgliedsstaaten die Kooperation unterzeichnet. PESCO ist also zu einem (fast) gesamteuropäisches Projekt geworden. In einer Zeit, in der Rechtspopulisten in ganz Europa das Hohelied auf den Nationalstaat singen, ist eine derartige Kooperation nationaler Streitkräfte auf europäischer Ebene ein beeindruckendes Symbol der Stärke des europäischen Projektes.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen grundsätzlich eine verstärkte Kooperation im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, insofern dadurch das Primat des Zivilen der europäischen Außenpolitik nicht geschwächt wird und es nicht zu einer Stagnation oder Reduktion notwendiger Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit und die Humanitäre Hilfe kommt. Die Schere zwischen zivilen und militärischen Ausgaben in den nationalen Haushalten der EU-Mitgliedsstaaten darf nicht weiter aufgehen. Nur dadurch kann gewährleistet werden, dass die EU in die Lage versetzt wird, die in Artikel 43(1) des Vertrags von Lissabon beschriebenen Aufgaben: „Abrüstung, humanitäre Aufgaben, Aufgaben der Konfliktverhütung und Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich friedenschaffender Maßnahmen

und Operationen zur Stabilisierung der Lage nach Konflikten“ besser bewältigen und verstärkt nachgehen zu können.

Bei einer Kooperation im Sicherheits- und Verteidigungsbereich auf europäischer Ebene darf es nicht nur um die Steigerung der militärischen Effizienz und den Abbau von Kooperationshemmnissen gehen. Ein derartiges Projekt darf nicht missbraucht werden, um Rüstungsausgaben zu erhöhen und eine ineffiziente und intransparente Rüstungsindustrie weiter zu subventionieren, wie es jetzt der europäische Verteidigungsfond vorsieht. Sondern es muss vor Allem darum gehen, dass die EU die Aufgaben des Vertrags von Lissabon vollumfänglich erfüllen kann. Dazu fehlen derzeit zivile und militärische Fähigkeiten, bspw. einsatzfähige Battle Groups, Mediationsteams, Technik zur Überwachung von Waffenstillstandsabkommen, Fähigkeiten zur Gewährleistung humanitärer Hilfe in Blockadelagen, ausgebildete Teams zur Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen oder eine Strategie für politische Missionen zur Stabilisierung von Staaten in Nachkriegssituationen. An der Frage, ob es gelingt hier vorwärts zu kommen, müssen sich aktuelle und kommende Kooperationsprojekte messen lassen. Eine Vertiefung der Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich darf nicht dazu führen, dass zivile Gelder sicherheitspolitisch zweckentfremdet werden, wie es u.a. durch die Öffnung des Instruments für Stabilität und Frieden (IcSP) für militärische Zwecke zu befürchten ist. Darüber hinaus darf die vertiefte Integration der Verteidigungspolitik nicht dazu genutzt werden, Maßnahmen zur Migrationsabwehr, bzw. eine europäische Abschottungspolitik voranzutreiben. Zudem muss die finanzielle Trennschärfe von entwicklungspolitischen und militärischen Maßnahmen zu jeder Zeit gegeben sein.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist klar: Eine Zusammenarbeit auf europäischer Ebene muss immer strategisch auf eine präventive, auf friedliche Konfliktlösung gerichtete und menschenrechtsgeleitete Außenpolitik ausgerichtet bleiben. Eine verstärkte Kooperation im Verteidigungsbereich muss der EU die entsprechenden Mittel zu ihrer Umsetzung an die Hand geben. Es braucht nicht mehr nationale Aufrüstung der jeweiligen EU-Mitgliedstaaten, sondern mehr Kooperation. Eine regelmäßige Erhöhung der nationalen Verteidigungsausgaben, wie sie im Ratsbeschluss zur Einsetzung der PESCO verpflichtend festgeschrieben ist, lehnen wir ab. Deswegen wollen wir Grünen die zunehmende Kooperation im Verteidigungsbereich kritisch begleiten, mitgestalten und uns dafür einsetzen,

- dass die längst fällige Debatte um die strategische Ausrichtung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik endlich nachgeholt und in Anlehnung an nationale Weißbuchprozesse geführt wird; öffentlich, engagiert , entlang konkreter Szenarien und begleitet von Debatten in den nationalen und dem europäischen Parlament,

- dass Diplomatie, Prävention, Mediation, Dialog und Versöhnung weiterhin das Fundament und den Ausgangspunkt europäischer Außen- und Sicherheitspolitik bilden und diese Maßnahmen weiter gefördert werden,

- dass Militär immer nur als äußerstes Mittel eingesetzt wird. Alle Einsätze müssen völkerrechts- und grundgesetzkonform sein, das heißt nicht in verfassungswidrigen Koalitionen der Willigen stattfinden. Die Beteiligung der Bundeswehr an bewaffneten Einsätzen im Rahmen der EU darf nur mit einem Mandat der Vereinten Nationen erfolgen.

Einsätze müssen immer in eine umfassende zivile Gesamtstrategie eingebettet sein. VN-geführte Missionen haben für uns immer Vorrang vor EU- oder NATO-geführten Einsätzen.

- dass Synergien zwischen den Mitgliedsstaaten genutzt werden, um nationale Verteidigungsausgaben einzusparen und damit Verteidigungsprojekte nicht den europäischen Haushalt belasten,
- dass die ineffiziente und intransparente europäische Rüstungsindustrie grundlegend neu strukturiert und reformiert wird sowie eine restriktivere und verbindliche Rüstungsexportpolitik in der EU und Deutschland gesetzlich verankert wird.
- dass die Entscheidung über die Entwicklung konkreter Fähigkeiten mit Hinblick auf die VN-fähigkeit der EU geschieht und das Verhältnis von NATO und EU bei der Entwicklung der europäischen Verteidigungszusammenarbeit geklärt wird,
- dass die zunehmende Kooperation im Verteidigungsbereich mit einer Stärkung von Strukturen der parlamentarischen Kontrolle und Mitbestimmung insbesondere auf europäischer Ebene einhergeht. Der Parlamentsvorbehalt des Bundestags oder langfristig der des Europäischen Parlamentes darf durch die europäische Kooperation weder unterlaufen noch abgebaut werden und dass
- Maßnahmen zur Kohärenzförderung zwischen verschiedenen Politikfelder wie Energiepolitik, Entwicklungspolitik, oder Handelspolitik, entwickelt werden.

Die zunehmende Kooperation der europäischen Mitgliedsländer im Verteidigungsbereich ist eine einmalige Chance, das Friedensprojekt Europa zu stärken. Sie setzt ein deutliches Zeichen gegen wachsenden Nationalismus und Nationalstolz. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden diesen Prozess aktiv und im Sinne des Vertrags von Lissabon mitgestalten. So wird die Europäische Union der Verantwortung, die aus der Annahme des Friedensnobelpreises erwächst, ein Stück gerechter.